



- Zusammenfassung -

14. Integrationsbericht

„Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft: Ein wissenschaftsbasierter und indikatorengestützter Lagebericht zum Stand der Integration in Deutschland“

- Mit **60 Indikatoren in 14 Themenfeldern** misst der 14. Integrationsbericht, wie es um Integration und Teilhabe im Einwanderungsland Deutschland bestellt ist. Er liefert ein **Gesamtbild unserer Einwanderungsgesellschaft** und leistet einen Beitrag zu einer sachlichen, faktenbasierten Debatte.
- Der von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration vorgelegte Bericht belegt, dass **Integration in Deutschland immer besser gelingt und die Instrumente funktionieren**.
- Diese Bundesregierung hat dafür wichtige Gesetze auf den Weg gebracht: zum Beispiel das Chancen-Aufenthaltsrecht, das novellierte Fachkräfteeinwanderungsgesetz oder das reformierte Staatsangehörigkeitsrecht.
- Der Bericht zeigt auch, **an welchen Stellen Ankommen und Zusammenleben noch besser gestaltet werden müssen**, damit Teilhabe und Repräsentation in der Einwanderungsgesellschaft gelingen. Das gilt vor allem für das Bildungssystem.
- Die Indikatoren des Berichts decken in der Regel den Zeitraum 2005 bis 2023 ab. Hintergrund ist, dass seit 2005 der „Migrationshintergrund“ als statistisches Merkmal im Mikrozensus genutzt wird.
- Ergänzt wird der Bericht durch den **Start des digitalen Dashboard Integration**, das vom Statistischen Bundesamt aufgebaut wurde. Unter www.dashboard-integration.de sind die Indikatoren des Berichts interaktiv aufbereitet und für die Öffentlichkeit zugänglich.

Zentrale Erkenntnisse des Berichts

- **Integration in Deutschland gelingt** immer besser. Das zeigt sich besonders beim Schwerpunkt des Berichts: dem **Thema Arbeit**. Immer mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte arbeiten (69,2 %). Zwei Drittel der Beschäftigten ohne deutsche Staatsangehörigkeit üben eine qualifizierte Tätigkeit aus; viele arbeiten oder starten eine Ausbildung in einem sogenannten Engpassberuf, etwa im Beton- und Stahlbau, als Bus- und Straßenbahnfahrer*in oder in der Pflege.

- **Deutschland ist eines der diversesten Länder der Welt.** 2023 leben in Deutschland 21,2 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte (25,2 % der Gesamtbevölkerung) – darunter 16,2 Millionen Eingewanderte (19,3 % der Gesamtbevölkerung) und 5 Millionen Nachkommen, bei denen beide Elternteile eingewandert sind (6 %). Hinzu kommen 4 Millionen Menschen mit einseitiger Einwanderungsgeschichte, bei denen nur ein Elternteil eingewandert ist (4,8 %). Insgesamt entspricht dies einem Bevölkerungsanteil von 30,1 %.
- Ermutigend ist: Die große Mehrheit, egal ob in Deutschland geboren oder nicht, fühlt sich **zugehörig zu Deutschland** (Eingewanderte zu 83,1 %, ihre Nachkommen zu 86,7 %).
- Gleichzeitig wird deutlich, an welchen Stellen es **Nachholbedarf bei Integration und Teilhabe** gibt, und dass das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft nicht spannungsfrei ist.

Ausgewählte Ergebnisse in einzelnen Themenfeldern

- **Arbeitsmarkt:** Der **Zuwachs bei der Beschäftigung** in Deutschland geht seit einigen Jahren zu 100 % auf Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zurück. 69,2 % der Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind erwerbstätig. Die **Erwerbstätigenquoten** sind von 2005 bis 2023 bei allen Personen mit Einwanderungsgeschichte (15-64 Jahre) gestiegen, insbesondere bei Nachkommen (+22 %) und Menschen, bei denen nur ein Elternteil eingewandert ist (+24,2 %). Dennoch liegt die Erwerbstätigenquote der Menschen mit Einwanderungsgeschichte weiterhin hinter derjenigen ohne Einwanderungsgeschichte (81 %). Besonders bei der Teilhabe eingewanderter und geflüchteter **Frauen am Arbeitsmarkt besteht nach wie vor großes Potenzial.**
- **Kita:** Immer mehr Kinder unter drei Jahren mit Migrationshintergrund besuchen eine Kita. Die **Quote** stieg seit 2009 von 10,5 % auf 22,3 % in 2023. Die Betreuungsquote bei Drei- bis unter Sechsjährigen mit Migrationshintergrund ist hingegen leicht rückläufig (2009: 83,6 %; 2023: 76,8 %).
- **Schule:** Die schulischen Kompetenzen der Kinder von Eingewanderten sind seit 2006 gestiegen (z. B. in naturwissenschaftlichen Fächern: 2006: 427 Punkte; 2022: 470 Punkte). Allerdings steigt der **Anteil ausländischer Schüler*innen, die ohne Abschluss die Schule verlassen**, leicht (2005: 11,1 %, 2022: 12,4 %), während der Anteil bei deutschen Schüler*innen leicht zurückgeht (2005: 3,7 %, 2022: 3 %). Diese Entwicklung liegt auch am Zuzug geflüchteter Jugendlicher von 2015 bis 2017.
- **Hochschule:** Verglichen mit 2005 besuchten 2023 fast doppelt so viele der 18- bis 24-jährigen Eingewanderten nach der Schule eine Hochschule oder Fachhochschule (19,3 % statt 10,7 %). Der Anteil der Eingewanderten mit akademischem Abschluss hat sich in dem Zeitraum ebenso fast verdoppelt (von 13,1 % auf 24,8 %).

- **Deutsche*r werden: Einbürgerungen** haben 2023 einen Höchststand erreicht (200.100, davon 194.000 im Inland eingebürgert). Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts vom Juni 2024 werden die Zahlen weiter steigen, auch weil Mehrstaatigkeit nun grundsätzlich bei jeder Einbürgerung möglich ist.
- **Kriminalität:** Hasskriminelle Gewalttaten haben sich zwischen 2005 und 2023 verdreifacht (von 513 Fällen auf 1.591 Fälle) – sowohl rassistische, antisemitische und muslimfeindliche. Zudem sind Ausländer*innen im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Bevölkerung (15,2 %) häufiger **Täter und Opfer von Straftaten**. 2023 lag der Anteil der Ausländer*innen unter Kriminalitätsopfern bei 23,4 %. 30,5 % der Tatverdächtigen hatten keine deutsche Staatsangehörigkeit. Die Forschung nennt als Gründe, dass Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit jünger und überproportional oft männlich sind, häufiger in Großstädten leben und durchschnittlich stärker von sozialen Risikofaktoren betroffen sind, die die Wahrscheinlichkeit für delinquentes Verhalten unabhängig von der Herkunft erhöhen.

Hintergründe zum Bericht

- Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration legt den Bericht gemäß § 94 Aufenthaltsgesetz dem Deutschen Bundestag vor. Er wurde im Auftrag der Beauftragten durch das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) erstellt und ist innerhalb der Bundesregierung abgestimmt.
- Der Integrationsbericht betrachtet die 14 Themenfelder Demografie, Rechtsstatus, frühkindliche und schulische Bildung, Sprache, berufliche und akademische Bildung, Arbeitsmarktintegration (mit Schwerpunktkapitel), Einkommen, soziale und politische Partizipation, diversitätsorientierte Öffnung, Wohnen, Gesundheit, Leben in Sicherheit, hasskriminelle Gewalt und Rassismus.